

Flughafengegner machen Druck

N6Z

5.8.06

VON SIMON HOPF

RHEIN-KREIS NEUSS Was passiert mit dem Flughafen Mönchengladbach? Martin Rothe, Vorstandsvorsitzender von Airpeace, wird bei dieser Frage ungeduldig. „Vor gut einem Jahr war der Erörterungstermin zu Ende“, sagt der Kleinenbroicher und erinnert an das fünfwöchige Hin und Her zwischen Fluglärngegnern und dem Mönchengladbacher Flughafenbetreiber, hinter dem zu 70 Prozent die Flughafengesellschaft Düsseldorf und Hochtief stehen sowie zu 30 Prozent das Versorgungsunternehmen NVV.

Briefe an die Bezirksregierung

Nach Beendigung des Erörterungstermins hatte der Vorsitzende des bei der Bezirksregierung angesiedelten Planfeststellungsverfahrens erklärt, seine Behörde werde voraussichtlich Ende 2005 eine Entscheidung getroffen haben. Zwi-

Post ins Haus. Der Tenor: Im laufenden Planfeststellungsverfahren zum beantragten Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach sei endlich Klarheit notwendig. Der momentane Schwebezustand hemme die Entwicklung der Kommunen und verunsichere die Bürger in erheblichem Maße. Beklagt wird die Einschränkung der Planungshoheit der Städte Korschenbroich und Viersen; „Sollen sie oder können sie im Stadium der Unsicherheit (...) jetzt noch Wohnbaugebiete in den eventuell betroffenen Lärmzonen beziehungsweise an deren Rändern ausweisen?“ Andererseits wiederum heißt es im Schreiben nach Düsseldorf: „Viele Bürger lehnen es ab, in den betroffenen Kommunen ein Baugrundstück zu kaufen, dort zu bauen, ihr bestehendes Haus zu renovieren oder auszubauen oder dort überhaupt eine Wohnung anzumieten.“

Die Post an die Bezirksregierung sei eine konzertierte Briefaktion der betroffenen Gemeinwesen, von Parlamentariern und Bürgerinitiativen, sagt Rothe. Die Briefe seien im Wesentlichen inhaltsgleich. Mit ihnen solle sanfter Druck ausgeübt werden; Verwiesen wird darauf, dass sich die Behörde durch die zweimalige „mündliche wie schriftliche Ankündigung des Vorsitzenden des Planfeststel-



Der Verkehrslandeplatz Mönchengladbach: Die Gegner des Ausbaus wollen ein schnelles Ende des Planfeststellungsverfahrens.

schonzeitlich kamen bei der Bezirksregierung offenbar Zweifel am Ausbau des Gladbacher Airports auf, was schon Ende August 2005 schriftlich mitgeteilt wurde. Schlussendlich sei dem Flughafen nach wiederholter Mahnung, eine Entscheidung treffen zu wollen, zugebilligt worden, bis Ende des ersten Halbjahrs 2006 – Rothe: „Das ist für uns Juni“ – eine Stellungnahme abzugeben. Diese sei nicht erfolgt.

Deshalb flatterte der Bezirksregierung Düsseldorf in dieser Woche

lungsverfahrens, die Bezirksregierung werde bis Ende des Jahres 2005 bzw. im 1. Halbjahr 2006 eine Entscheidung über den Ausbauantrag erstellen, selbst dahingehend gebunden hat, dass sie zu einer Entscheidung verpflichtet ist.“ Rothe: „Wir fordern, dass eine Frist gesetzt wird, bis wann die Flughafengesellschaft den Bedarf für Mönchengladbach nachgewiesen hat. Bis zum 18. August wollen wir eine Antwort haben. Wir wollen wissen, was Sache ist.“